

In Kürze:

In der kontroversen Diskussion um die Höhe der Arbeitskosten sehen die einen ein Standortproblem in den angeblich zu hohen Arbeitskosten und die anderen ein Problem in der angeblich exzessiven Lohnzurückhaltung. Der Disput über die Höhe der Arbeitskosten lässt sich auch nicht durch internationale Arbeitskostenvergleiche auflösen, da diese mit zahlreichen methodischen Problemen behaftet sind.

Arbeitskosten sind nur ein Standortfaktor, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beeinflusst. Der Standort Deutschland zeichnet sich durch eine Reihe anderer, ausgesprochen wichtiger Standortfaktoren aus.

Die deutschen Arbeitskosten haben sich in den letzten Jahren ausgesprochen moderat entwickelt. Eine forcierte Lohnzurückhaltung würde eine Schwächung der ohnehin rückläufigen privaten Konsumnachfrage bewirken und einen erhöhten Lohndruck auf die anderen Länder des Europäischen Währungsraums ausüben.

Statt endloser Arbeitskostendebatten sollten wir uns auf das Wesentliche zur Verbesserung der Standortbedingungen konzentrieren. Hierzu zählen beispielsweise eine konsequente Industriepolitik und eine sachgerechtere Finanzierung versicherungsfremder Leistungen.

Die ewige Debatte um die Arbeitskosten

Die Höhe der Arbeitskosten ist schon seit Jahren Gegenstand kontroverser Diskussionen. In dem vielstimmigen Chor überwiegen in den letzten Jahrzehnten die Stimmen derjenigen, die in den deutschen Arbeitskosten ein gewichtiges Standortproblem verorten. Die Kosten für Arbeit seien demnach weit über dem Niveau, bei dem sich Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften die Waage hielten. Die Folge davon sei eine zu hohe Arbeitslosigkeit. Da zudem in anderen Ländern die Arbeitskosten zum Teil erheblich niedriger seien, gingen in Deutschland Firmen in die Insolvenz und das Kapital wandere ab. Am Ende drohe nichts weniger als die „Vernichtung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ (Hans-Werner Sinn).

Aber auch am anderen Ende der Debatte scheinen die Argumentation klar und die Perspektive apokalyptisch. Hier heißt es, Deutschland sei seit Jahren geprägt durch Lohnzurückhaltung. Diese habe zunächst die Nachfrage der Verbraucher und damit die Binnennachfrage niedrig gehalten und schließlich die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen verringert. Im Ergebnis sei gerade die „exzessive Lohnzurückhaltung“ (Gustav A. Horn) eine entscheidende Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit. Da die Industrie wichtiger europäischer Konkurrenten zudem seit einigen Jahren eine ähnliche Lohnzurückhaltung an den Tag lege, bestünde die Gefahr einer Spirale wachstumshemmender Lohndrosselungen in der EU.

Internationale Arbeitskostenvergleiche

Der Disput über die Höhe der Arbeitskosten lässt sich aufgrund zahlreicher methodischer Probleme auch nicht mit einem Blick auf internationale Arbeitskostenvergleiche auflösen. Arbeitskosten werden häufig als absolute Arbeitskosten pro Stunde oder auch je Kopf berechnet. Die Aussagekraft ist sehr beschränkt, da die erwirtschaftete Leistung, wie beispielsweise die Anzahl und der Wert der hergestellten Produkte, nicht enthalten ist. Statt nur die Arbeitskosten zu berechnen und international zu vergleichen, sollten besser die Lohnstückkosten herangezogen werden, da diese sehr wohl Produktivitätseffekte umfassen.

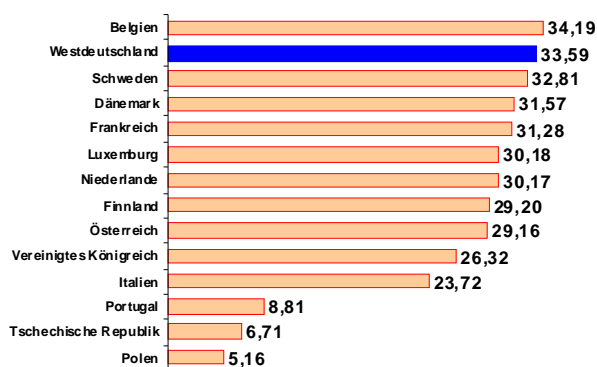
Damit aber nicht genug. Je nachdem, welche Abgrenzungen bzw. Definitionen herangezogen werden, können Arbeitskosten oder Lohnstückkosten eines Landes höher oder niedriger sein, als die eines anderen Landes:

- Nimmt man nominale Lohnstückkosten bzw. Arbeitskosten oder reale, preisbereinigte Lohnstückkosten bzw. Arbeitskosten?
- Welche Währung legt man zugrunde, die jeweilige nationale Währung oder eine einheitliche Währung?
- Welche sektoralen Abgrenzungen nimmt man vor? Bezieht man sich auf das verarbeitende Gewerbe, die Privatwirtschaft oder auf die Gesamtwirtschaft?

- Werden Verbundeffekte durch die Einbeziehung der Arbeitskosten von Vorleistungsunternehmen bzw. Lieferanten berücksichtigt?
- Welche regionalen Abgrenzungen nimmt man vor? Bezieht man sich auf Deutschland insgesamt oder nur auf Westdeutschland?
- Werden Auszubildende als Personalzusatzkosten der übrigen Beschäftigten oder wie normale Beschäftigte erfasst?

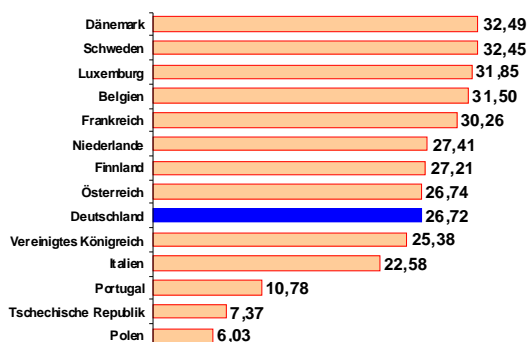
Internationale Arbeitskostenvergleiche können deshalb auch zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Betrachtet man beispielsweise die Arbeitskosten je Stunde in der Privatwirtschaft, so kann Deutschland hier im europäischen Mittelfeld verortet werden. Wird hingegen das westdeutsche verarbeitende Gewerbe in den Fokus gestellt, so steht Deutschland international ganz weit oben.

Industrielle Arbeitskosten (pro Stunde, 2006)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, 2007

Arbeitskosten in der Privatwirtschaft (pro Stunde, 2006)



Quelle: Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung, 2007

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wer Spaß an kaum lösbaren methodischen Problemen hat, wer sich über unterschiedliche definitorische Abgrenzungen ärgern oder an der Wechselkursproblematik verzweifeln möchte, der kann sich mit internationalen Arbeitskostenvergleichen die Zeit vertreiben. Wer allerdings ernsthaft über die Stärken und Schwächen des Standortes Deutschland reden möchte, der sollte internationale Arbeitskostenvergleiche mit großer Vorsicht genießen.

Arbeitskosten sind nur ein Standortfaktor

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wird nicht nur durch die Höhe der Arbeitskosten beeinflusst. Gerade der Standort Deutschland zeichnet sich durch eine Reihe anderer, ausgesprochen wichtiger Standortfaktoren aus, welche die Bedeutung der Arbeitskosten stark relativieren. Hierzu zählen beispielsweise

- das hohe Qualifikationsniveau der Beschäftigten,
- eine hervorragende Infrastruktur,
- ein hoher Anteil von FuE, besonders im Bereich hochwertiger Technik,
- solide ökonomische Rahmenbedingungen mit stabilem Bankensektor und langfristig orientierter Corporate Governance, der Tarifautonomie und der Mitbestimmung,
- die politische Stabilität, also die gefestigte Demokratie, das geordnete Parteiensystem, starke Institutionen,
- Rechtssicherheit in einem Rechtsstaat,
- stabile gesellschaftliche Verhältnisse, u.a. durch das System der sozialen Sicherung, dem Kündigungsschutz, einer geregelten Umverteilung und der Akzeptanz des politischen sowie ökonomischen Systems
- und die Einbindung in die EU mit dem Binnenmarkt, dem geringen Risiko kriegerischer Konflikte, der Absicherung deutscher Exporte, keinem Währungsrisiko im Euroraum sowie einer stärkeren Position gegenüber den globalen ökonomischen Wettbewerbern.

Diesen Vorteilen hat der Produktionsstandort Deutschland schließlich seine hohe globale Wettbewerbsfähigkeit zu verdanken.

Eine Senkung der Arbeitskosten ist weder notwendig noch sinnvoll

Sollten wir uns in Deutschland – trotz der Stärke des Standorts – darum bemühen, die Arbeitskosten zu senken? Aus Sicht der IG BCE wäre dies der falsche Weg. Ein Blick auf die Entwicklung der deutschen Arbeitskosten zeigt zunächst einmal, dass diese sich in den letzten Jahren ausgesprochen moderat entwickelten. So kommt das Statistische Bundesamt zu dem Ergebnis, dass die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Deutschland 2007 im Vergleich zum Vorjahr kalenderbereinigt um lediglich 1,0 % gestiegen sind. Deutschland hatte den mit Abstand geringsten Anstieg der Arbeitskosten innerhalb der EU. Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern bereits seit 1995 zu beobachten.

Anstieg der Arbeitskosten in der EU (2007)

Privatwirtschaft	Veränderung gegenüber 2006 in %
Deutschland	1,0
Luxemburg	1,9
Niederlande	2,5
Finnland	3,0
Österreich	3,2
Frankreich	3,3
Schweden	3,5
Dänemark	3,6
Belgien	3,7
Portugal	4,0
Vereinigtes Königreich	4,9
Tschechische Republik	10,2
Polen	14,5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Forderungen nach Lohnzurückhaltung sind aber auch nicht sinnvoll, da eine forcierte Lohnzurückhaltung eine Schwächung der ohnehin schon rückläufigen privaten Konsumnachfrage bewirken würde. Das deutsche Wirtschaftswachstum ist in den letzten Jahren vor allem auf die erfreuliche Entwicklung des Außenhandels und der Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen. So stiegen im letzten Jahr (2007) die Exporte sehr kräftig um 7,8 % und die Ausrüstungsinvestitionen um 8,2 %, während der private Konsum um 0,4 % gesunken ist.

Auch wenn berücksichtigt wird, dass ein Teil der Lohnsteigerungen durch Steuern und Abgaben, durch Sparen und den Kauf von Importgütern im Ausland absorbiert wird, würde eine bewusste Lohnzurückhaltung die relativ schwache deutsche Binnenkonjunktur belasten. Eine Senkung der Arbeitskosten ist deshalb auch hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen zumindest ambivalent und führt keineswegs zwangsläufig zu einer steigenden Beschäftigung.

Darüber hinaus würde eine zurückhaltende deutsche Lohnpolitik auch einen erhöhten Lohndruck auf die anderen Länder des Europäischen Währungsraums ausüben. Dies gilt umso mehr, als Unternehmen bereits in den letzten Jahren ihre Lohnstückkosten am Standort Deutschland im Vergleich zu fast allen anderen Standorten in der EU deutlich senken und damit ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigern konnten.

Schließlich zeigt auch ein Blick auf die Entwicklung der Lohnquote, dass eine Lohnzurückhaltung in Deutschland nicht auf der Tagesordnung steht. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ist im Jahr 2007 auf 65 % gesunken – ein so niedriger Wert wurde zuletzt 1970 in der alten Bundesrepublik verzeichnet, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen auf einen Anteil von 35 % am Volkseinkommen gestiegen sind.

Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens

Jahr	Lohnquote	Jahr	Lohnquote
1970	65,6	1995	71,4
1975	71,1	1997	70,3
1981	73,6	1999	71,2
1983	71,6	2001	71,8
1985	70,0	2003	70,9
1987	71,2	2005	67,4
1989	68,2	2006	65,6
1991	68,6	2007	64,7
1993	72,9	2008	64,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2007: Frühjahrsgutachten; 2008: Prognose Frühjahrsgutachten

Dieses Argument sollte nicht überstrapaziert werden – bekanntlich ist die Lohnquote nur ein sehr ungenügender Maßstab für Verteilungsgerechtigkeit. Die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden größtenteils nur geschätzt, die Kapitaleinkünfte der Beschäftigten bleiben außen vor und auch die Einkommen der Selbstständigen werden nicht bzw. nur als Kapitaleinkommen berücksichtigt. Es zeigt aber, dass die Erwerbstätigen keineswegs einen zu großen Anteil am Volkseinkommen für sich beanspruchen.

Senkung der Lohnnebenkosten ist möglich

Eine Senkung der Arbeitskosten über eine forcierte Lohnzurückhaltung ist für den Standort Deutschland weder notwendig noch sinnvoll. Statt endloser Arbeitskostendebatten sollten wir uns auf das Wesentliche zur Verbesserung der Standortbedingungen konzentrieren.

Hierzu zählt eine konsequente Industriepolitik. Die Rahmenbedingungen für industrielle Produktion, Investition, Innovation und Arbeitsplätze müssen dabei ebenso im Zentrum stehen, wie gezielte staatliche Eingriffe beispielsweise in der Forschungsförderung oder der regionalen Strukturpolitik.

Sinnvoll erscheint darüber hinaus die Beseitigung der Defizite im Finanzierungssystem der Sozialversicherungen. Eine sachgerechtere Finanzierung versicherungsfremder Leistungen könnte einen großen Spielraum für Beitragsenkungen – und damit Lohnnebenkostensenkungen – bei Beibehaltung des Leistungsniveaus und der Verteilungsgerechtigkeit bieten.

Rückfragen:

Dr. Thomas Student
Martina Bader
Tel. 0511 7631-383/261
thomas.student@igbce.de
martina.bader@igbce.de

Schaubilder:

Beate Gronemeyer
0511 7631-215
beate.gronemeyer@igbce.de

Weitere Info: www.igbce.de